

betrieben werden. In der Diskussion ist eher die Form des Kompensationsgeschäftes, wobei auch die von chinesischer Seite zu liefernden Waren noch nicht feststehen. Allerdings werden es wohl nicht im Ausland zu verkaufende fertige DC-9 Flugzeuge sein.

Die DC-9 könnte als Ersatz für die 36 britischen Trident eingesetzt werden. China hat außerdem zur Zeit zehn Boeing 707. Für ihre internationalen Strecken haben die Chinesen einige Boeing 747 bestellt (AWSJ, 12.10.79).

Nach Angaben des japanischen Ministeriums für internationalen Handel und Industrie (MITI) wird wahrscheinlich auch die Boeing 767 an China geliefert werden. Dieses Flugzeug wird zur Zeit gemeinsam von den Vereinigten Staaten, Japan und Italien entwickelt. Die Lieferung hängt allerdings davon ab, ob das Cocom (Coordinating Committee for Export to Communist Areas) seine Zustimmung zu diesem Geschäft erteilt. Problematisch ist diese Frage, da die neu entwickelte Boeing die modernste Elektronik an Bord hat. Die Entwicklungskosten des Projekts gehen mit 70% zu Lasten der Boeing-Company und mit je 15% zu Lasten der beiden anderen Beteiligten.

- ga -

#### (51) Die kleinen Schritte der First National Bank of Chicago im China-Geschäft

Auch beim zweiten amerikanischen Kredit an die Volksrepublik China ist der Kreditgeber die First National Bank of Chicago (FNBC), die 20 Mio.US\$ an den gleichen Kreditnehmer wie beim erstenmal geben wird, nämlich an die Fujian Investment and Enterprise Corp. Das Darlehen wird eine Laufzeit von fünf Jahren haben und mit 0,5% über dem Londoner Ausleihsatz unter Banken verzinst. Der Libor-Satz liegt gegenwärtig bei 14,5%. Beide Kredite werden von der Fuzhou-Filiale der Bank of China garantiert.

Wie im Mai, als die First Chicago 8 Mio.US\$ an die Provinzfinanzierungsgesellschaft auslieh, ist auch dieser Kredit mit seinen 20 Mio.US\$ betragsmäßig recht klein. Er ist aber insofern von Bedeutung, als damit ein weiteres Mal direkt eine Provinzbehörde Geld für ihre eigenen Projekte im Ausland aufnimmt. Würden mit dem ersten Kredit Schiffskäufe finanziert, so ist der jetzige Betrag für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen.

Im Mai hatte auch die Sanwa-Bank zur Finanzierung japanischer LKWs 1 Mrd.Yen (4,6 Mio.US\$) für einen Zeitraum von knapp vier Jahren an die Guangxi Building Materials Corp. ausgeliehen, einer anderen Finanzgesellschaft auf Provinzebene.

Die FNBC drückte ihre Zufriedenheit mit dem zweiten Kreditgeschäft mit einer Gesellschaft der Volksrepublik China aus. Zeigen sich doch hier erste Erfolge eines zehnjährigen Bemühens um diesen Markt, der 1977 zu dem Beschluß geführt hatte, künftig mit Taiwan keine Geschäftsbeziehungen mehr einzugehen (AWSJ, 16.10.79).

Mit der gleichen Bank unterzeichnete die China International Trust and Investment Corp. (CITIC) ein Protokoll über Zusammenarbeit. Die Unterzeichnung fand während der USA-Reise des Präsidenten der CITIC, Rong Yiren, statt. Das Abkommen sieht die gemeinsame Förderung von Investitionen in China, von Handels- und Industriekooperation zwischen China und anderen ausländischen Firmen vor.

Die FNBC wird gemäß dieses Abkommens behilflich sein, geeignete Partner für Kooperationsprojekte in der VR China auszuwählen und bei der

Lösung der Finanzierungsfragen zu helfen. Die Bank wird die CITIC auch bei der Auswahl geeigneter Investmentmöglichkeiten im Ausland beraten (DGB, 1.11.79).

- ga -

## WIRTSCHAFT

### (52) Zulassung von Marktpreisen

Parallel zu den kräftigen Preiserhöhungen für Nahrungsmittel wurde jetzt in einem gemeinsam vom ZK und vom Staatsrat veröffentlichten Rundschreiben bekanntgegeben, "daß die Preise für über 10.000 landwirtschaftliche Produkte, Erzeugnisse des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs, handwerkliche und verschiedene andere Produkte in China nicht mehr von der Regierung festgesetzt, sondern nach Angebot und Nachfrage des Marktes reguliert werden. Dieser Beschluß wird stufenweise im ganzen Land in Kraft treten. Die mehr als 10.000 Produkte machen ein Fünftel des Gesamtwerts der in China verkauften Waren aus."

Der Staat will weiterhin die Preise für grundlegende Erzeugnisse des täglichen Bedarfs der Bevölkerung wie Getreide, Speiseöl, Fleisch, Baumwolle, Textilien und Kohle festsetzen.

"Was die verschiedenen landwirtschaftlichen, Nebenerwerbs- und andere weniger wichtige Produkte betrifft, so können deren Herstellung, Absatz und Preise nicht durch einen alles umfassenden Staatsplan festgelegt werden, da dazu ein äußerst breites Spektrum von Gütern gehört und die meisten dieser Güter von Bauern auf ihren privaten Parzellen oder zu Hause im häuslichen Nebenerwerb erzeugt oder von den Handwerksbetrieben produziert werden.

In Zukunft werden ihre Preise zwischen den staatlichen Handelsabteilungen und den Produzenten - sowohl in der kollektiven als auch der Einzelwirtschaft - vereinbart, während die Preise einiger dieser Produkte direkt zwischen den Produzenten und den Verbrauchern auf den Märkten ausgehandelt werden. Zu den betreffenden Produkten gehören einige Papiersorten, Tinte, Bürsten und andere Schreibwaren, Schlösser, Messer, Scheren und andere Metallwaren, einige Plastik- und Emaillegegenstände, frisches und getrocknetes Obst, Gewürze, Flecht- und Webwaren aus Bambus, Rattan, Palmblättern und Wildgras sowie andere handwerkliche Erzeugnisse...

Die Wiederherstellung der (bis 1957 bestehenden) Preispolitik für diese verschiedenen Produkte wird den Erzeugern eine größere Flexibilität verleihen, die Produktion fördern helfen und die Vielfalt der Waren erhöhen, und es wird erwartet, daß sie auf lange Sicht die Preise senken werden." (XNA, 1.11.79, nach MD, 5.11.79)

Die zuletzt genannte Hoffnung wird allem Anschein nach wohl nicht in Erfüllung gehen. Die chinesische Bevölkerung wird sich durch diese Maßnahme mit weiteren Preiserhöhungen abfinden müssen.

Allerdings wird der Primäreffekt der Einführung von Marktpreisen sein, daß sich das Angebot bei diesen Waren erhöhen wird, da höhere Preise für die Erzeuger einen wachsenden Anreiz darstellen.

Zur Versorgung der Bevölkerung ging Peking noch einen Schritt weiter in der Liberalisierung des Handels. Waren bisher nur Dorfmärkte - ohne private

private Zwischenhändler - statthaft, so sollen jetzt "zur Förderung des Warenaustauschs und des ländlichen und städtischen Handels" große saisongebundene Handelsmärkte, Großhandelsmärkte, von Haus zu Haus ziehende Kleinhändler und Zentren für Handelsabschlüsse von Handelsabteilungen und Erzeugern wiedereingeführt werden." (ebd.)

Besorgt ist man in Peking dennoch, daß es zu ungewollten Preiserhöhungen kommen könnte.

Am 5. November veröffentlichte der Staatsrat deshalb ein Rundschreiben, das die "Handelsämter im ganzen Land auffordert, Anfang und Mitte November Preiskontrollen durchzuführen und willkürliche oder verschleierte Preiserhöhungen zu korrigieren. Den Preisüberwachungsgruppen sollten Kader angehören, und das Volk sollte aufgefordert werden, ihre Arbeit zu überwachen. Die Ämter für die Überwachung der Warenpreise sollten so schnell wie möglich wieder ins Leben gerufen oder verbessert werden, im Einklang mit den Vorschriften des Staatsrates. Industrie- und Handelsunternehmen sollten ihre Preissysteme überprüfen. Die Mitglieder der Ständigen Ausschüsse der örtlichen Volkskongresse sollten zu Rate gezogen werden". Außerdem sollen dem Rundschreiben zufolge seitens der Gewerkschaft sowie der Jugend- und Frauenorganisationen Aktionen gestartet werden, um die Preise unter Kontrolle zu halten. (XNA, 7.11.79)

Preiskontrollen waren bisher auch schon durchgeführt worden. So druckte die Volkszeitung vom 24.9.79 einen Bericht der Zeitung "Finanz- und Handelsfront". Unter der Überschrift "Rechtzeitig falsche Methoden der eigenmächtigen Preis- und Mietpreiserhöhungen berichtigen" wurde von einer großen Preisuntersuchung der Zhuzhouer Finanz- und Handelsabteilung berichtet. Insgesamt wurden 8.100 Waren untersucht. Bei 228 Warenarten entdeckte man falsche Preise.

Die städtische Gemüsegesellschaft hat in diesem Jahr einmal beim Gemüseankauf auf breit angelegte Weise Klasse und Preis herabgedrückt, beim Verkauf Klasse und Preis erhöht. Nach Durchführung der Untersuchung hat die Gesellschaft den Verkaufspreis berichtigt und den Preis von zehn Gemüsearten angehoben, die Klasse auf das Niveau der gleichen Vorjahresperiode gesenkt." (RMRB, 24.9.79)

Allerdings ist klar, daß die Preisüberwachung mit den jetzt verkündeten Maßnahmen zur Veränderung des Preisgefüges stark ausgeweitet werden. Abzuwarten bleibt, wie stark die Preisämter die Preisliberalisierung einengen werden.

- ga -

### (53) Preis- und Lohngefüge in China in Bewegung

Ab dem 1. November sind in der Volksrepublik China die Einzelhandelspreise einer Reihe von Lebensmitteln drastisch erhöht worden. Bei Zugrundelegung der Preise des Vorjahres betragen die Preiserhöhungen für die acht wichtigsten erwähnten Produkte:

- Schweinefleisch: 33%
  - Rind- und Hammelfleisch: 33%, regionale Differenzen
  - Eier: 32%
  - Wasserprodukte (also Fisch, Algen usw.): 33%
  - Geflügel und Milch: "Anpassung" entsprechend den örtlichen Gegebenheiten
  - Gemüse: möglichst keine oder nur geringe Erhöhungen.
- Damit wurde den chinesischen Verbrauchern über

Nacht eine sehr einschneidende Preiserhöhung zugemutet. Nicht erhöht wurden die Verbraucherpreise für Grundnahrungsmittel wie Getreide, Speiseöl, Zucker und für Baumwollmaterial und Kohle.

Nach den chinesischen Angaben waren dem Staat für Preissubventionen bei den Erzeugnissen, deren Preise jetzt erhöht wurden, von April bis September dieses Jahres Verluste von 1,8 Mrd. Yuan entstanden. Mit der jetzt verfügbaren Preiserhöhung hat der staatliche Handel nur einen Teil der im März dieses Jahres erhöhten Ankaufspreise an die Endverbraucher weitergegeben. Weiterhin subventioniert der chinesische Staatshaushalt auch im laufenden Jahr die Spanne zwischen An- und Verkaufspreisen für viele Verbrauchsgüter. Insgesamt sind für das laufende Jahr 6,8 Mrd. Yuan dafür vorgesehen.

Im März dieses Jahres waren die staatlichen Ankaufspreise für achtzehn Gruppen agrarischer Produkte angehoben worden. Im Landesdurchschnitt betragen die Preiserhöhungen für Getreide 20% (50% auf den neuen Preis für Verkäufe über den staatlichen Ankaufsquoten), 25% für Öle und Fette (50% für Über-Quoten-Verkäufe) und 15% für Baumwolle (30% für Über-Quoten-Verkäufe). Alle diese Preissteigerungen wurden auch mit der jetzt vorgenommenen Erhöhung der Verkaufspreise nicht an die Endverbraucher weitergegeben. Für Schweine betrug die Preissteigerung der Einkaufspreise 26% und für Rinder, Hammel, Schafe, Ziegen, Eier, Wasserprodukte, Zuckerrüben, Zuckerrohr, Hanf, Rizinusöl, Seidenkokons, Nutzholz, Bambus und Tierhäute im Durchschnitt 20-50%.

Laut Schätzungen des staatlichen Preisverwaltungsbüros werden die Einnahmen der Bauern dadurch in diesem Jahr um ca. 7 Mrd. Yuan zunehmen. Um diesen Effekt zu verstärken, wurden gleichzeitig die Preise einiger industrieller Erzeugnisse für die Landwirtschaft, wie z.B. Plastikfolien, gesenkt, so daß die Unterschiede zwischen den Preisen für Industrie- und Agrarprodukte vermindert wurden.

Mit diesen Maßnahmen höherer Erzeugerpreise sollte eine Erhöhung der Produktivität auf dem Lande bewirkt werden. In diesem Zusammenhang werden zwei Parolen benannt:

Billiges Getreide schadet der Landwirtschaft - das faßt die Erfahrungen der letzten Jahrtausende zusammen. Landwirtschaft wirft keine Gewinne ab - das ist eine irrationale Behauptung der Vergangenheit.

Offensichtlich zeigen die Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragskraft der Landwirtschaft erste Erfolge: In den ersten neun Monaten dieses Jahres lag der Verbrauch industrieller Konsumgüter um 12,7% und der von Investitionsgütern um 13,6% über den entsprechenden Vorjahreswerten. Das heißt, daß der Einkommenszuwachs der Landbevölkerung zu erhöhten Konsumausgaben, aber auch zu sogar etwas stärker gestiegenen Käufen von landwirtschaftlichen Produktionsgütern führte.

Um die Auswirkungen der Verbraucherpreiserhöhungen auf die städtische Bevölkerung abzumildern, wird der Staat allen Arbeitern in staatlichen Betrieben (einschließlich der Pensionäre und der Lehrlinge, ca. 100 Mio. Personen) eine zusätzliche monatliche Ausgleichszahlung von 5 Yuan pro Kopf gewähren. In den Viehzuchtgebieten Xinjiangs, Tibets und der Mongolei, in denen der Fleischverbrauch traditionell höher liegt, soll der Zusatzlohn bis zu 8 Yuan betragen.

"Der Staat erwartet aufgrund der Preiserhöhun-

gen für Produkte, die nicht zu den Hauptnahrungsmitteln gehören, zusätzliche Einnahmen in Höhe von 5 Mrd. Yuan pro Jahr; er muß jedoch den Arbeitern zusätzlich 6 Mrd. Yuan in Form von Beihilfen als Ausgleich für die Preissteigerungen zahlen."

Stellt man diese staatlichen Sonderlohnerhöhungen in Rechnung, bleibt der Ausgleichseffekt für den staatlichen Haushalt vorerst gering. Diese Maßnahme könnte aber bedeuten, daß nur diese erste - drastische - Preiserhöhung abgemildert wird, während zukünftige höhere Verkaufspreise in den Städten in kleineren Schüben ohne Lohnausgleichszahlungen vorgenommen werden. Auch könnte es geschehen, daß der Staat seinen Betrieben vorschreibt, in Zukunft erhöhte Lohnkosten durch andere betriebliche Einsparungen zum Teil auszugleichen.

Nebeneffekt der Lohnerhöhung ist, daß sie sich umso vorteilhafter auswirkt, je weniger Kinder eine Familie hat. Für kinderreiche Familien steigen die Lebenshaltungskosten am stärksten.

Außerdem erhalten naturgemäß die in kollektiv-eigenen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer keine staatlichen Löhne.

Zusätzlich zu dieser Sonderlohnerhöhung werden "40% der 100 Mio. Arbeiter Chinas ab November dieses Jahres eine 'normale' Lohnerhöhung erhalten. Dies ist die dritte Lohnerhöhung seit dem Sturz der 'Viererbande'. 46% erhielten 1977 eine Lohnerhöhung und 2% 1978. Lohnerhöhung nach Verdienst werden Industriearbeiter, Techniker, Wissenschaftler, Lehrer, im Bereich der Medizin Tätige, Schauspieler, Sportler, Dienstleistungsangestellte und Kader erhalten. Die Dienststellen und Unternehmen werden die Kriterien für Lohnerhöhungen ausarbeiten und dabei Mitarbeit, Arbeitshaltung und technisches Niveau berücksichtigen. Der Mitarbeit soll das größte Gewicht beigemessen werden... Die meisten Arbeiter in China haben eine Arbeitsversicherung, kostenlose ärztliche Versorgung und andere Vergünstigungen. Die Staatsausgaben für Sozialleistungen machen 17% der Lohnsumme aus." (XNA, 31.10.79; BRU, Nr.45/79)

Diese Verschiebungen in der Preis- und Lohnstruktur der Volksrepublik China leiten allerdings keine allgemeine Inflationswelle ein, denn die Preise, besonders für alle Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrie, sind staatlich fixiert. Verschiebungen durch sich ändernde Marktverhältnisse ergeben sich damit nicht.

- ga -

#### (54) Konzession für 300 Privatbetriebe

Parallel zur Wiederzulassung kollektiveigener Betriebe in China werden jetzt auch private Unternehmen wieder in beschränktem Rahmen zugelassen. Erstmals seit der Kulturrevolution hat jetzt das Büro für Handel und Industrie des Peking Stadtrates 300 privaten Unternehmen für Handwerk und Dienstleistungen eine Konzession erteilt.

Die schrittweise Sozialisierung der chinesischen Industrie begann in den fünfziger Jahren. Fast alle jetzt wieder zugelassenen privaten oder genossenschaftlichen Betriebe des Dienstleistungs- oder Gaststättengewerbes waren damals geschlossen oder mit Staatsbetrieben verschmolzen worden. Als Folge hiervon war z.B. die Zahl der Peking Speisehäuser von 14.000 auf weniger als 600 zurückgegangen. 1965 gab es nicht mehr als 2.200 Privatbetriebe in Peking.

Seither hat es sich jedoch erwiesen, daß die staatlichen und zum Teil auch die genossenschaftli-

chen Betriebe nicht in der Lage sind, die Nachfrage nach Dienstleistungen und Alltagsartikeln zu befriedigen. Auch sind sie nur ungenügend fähig, neue Arbeitsplätze bereitzustellen. Deshalb werden in den genannten Zweigen auch private Betriebe wieder zugelassen (XNA, 8.10.79).

- ga -

#### (55) Mietpreisänderungen in Peking

Auch auf dem Gebiet der Wohnungsmieten kommen die Dinge in China in Bewegung. Wie die chinesische Nachrichtenagentur mitteilte, wurden vom 1. Juli an für 350.000 Peking Familien, die mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung der Hauptstadt ausmachen, die Mieten gesenkt. Diese Maßnahme ist ein Bestandteil der Stadtverwaltung zur Überprüfung der Bedingungen im Wohnungsbau und zur Vereinheitlichung der Mieten mit dem Ziel, die Mieten für die Mehrheit der Stadtbevölkerung zu senken. Infolge der Anpassung wird die Miete in Zukunft nur noch 3% des Budgets einer durchschnittlichen Familie in der Stadt Peking gegenüber zuvor 5% ausmachen.

Die Wohnungen in Peking sollen künftig zu Preisen zwischen 0,09 und 0,19 Yuan pro Quadratmeter - je nach Qualität - vermietet werden. Für mehr als 40% der Familien in der Stadt Peking wird sich die Miete erhöhen. In einer Mitteilung der Stadtverwaltung wird jedoch klargestellt, daß die Miete erst eingeführt werden soll, nachdem umfassende Reparaturen an den betreffenden Wohnungen vorgenommen worden sind, oder wenn neue Mieter einziehen (XNA, 31.8.79).

Offensichtlich scheint es das Bestreben der chinesischen Preisbehörden zu sein, die Miet- und Nahrungsmittelpreise stärker an den tatsächlichen Herstellungskosten und an der Qualität zu orientieren. Einheitspreise sollen abgebaut werden.

- ga -

#### (56) Steigende Ausleihungen durch die Landwirtschaftsbank

In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 13 Mrd. Yuan Kredite an Kommunen und Brigaden vergeben, das sind 3 Mrd. mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. 11,6 Mrd. Yuan wurden für die Industrieunternehmungen der Kommunen und Brigaden zur Verfügung gestellt. Zum Ende dieses Zeitraums betragen die Ersparnisse auf dem Lande 6,2 Mrd. Yuan, eine Steigerung von 32,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Diese Angaben machte die chinesische Landwirtschaftsbank.

Die Landwirtschaftsbank war erst im Frühjahr dieses Jahres selbständig geworden und direkt dem Staatsrat unterstellt worden, während sie vorher in die chinesische Volksbank eingegliedert war.

Die Bank, die die Landwirtschaftsgelder verwaltet und an der Finanzierung von Landwirtschaftsprojekten mitwirkt, verfügt über Filialen auf Provinz-, Bezirks- und Kreisebene. Auf Kreisebene gibt es 70.000 Kreditgenossenschaften als unterste Ebene der Bank.

Gegenwärtig beschäftigt die Bank 400.000 Angestellte, die Hälfte von ihnen arbeiten in den Kreditgenossenschaften. Zusätzlich werden 300.000 Teilzeitkräfte in Brigadekreditzentren beschäftigt (XNA, 10.10.79).

Städtische Ersparnisse betragen laut der

chinesischen Volksbank 19,3 Mrd. Yuan in den ersten acht Monaten dieses Jahres, das ist ein Zuwachs von 27,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (XNA, 2.10.79).

- ga -

#### (57) Dazhai-Fehler werden beseitigt

Der Kreis Xijang, in dem Chinas berühmte Dazhai-Brigade liegt, faßte Anfang Oktober einige Beschlüsse zur Berichtigung ultralinker Fehler dieser landwirtschaftlichen Einheit:

1. Die Bauern werden von jetzt an ermutigt, ihre Privatparzellen selbst zu bebauen. Dazhai hatte den Fehler gemacht, die Privatparzellen der Bauern entweder zu vergesellschaften oder das Privatland kollektiv zu bestellen.

2. Die Dazhai Methode, Arbeitspunkte nach "Selbsteinschätzung und Diskussion mit den Massen" - in Wirklichkeit nur "Selbsteinschätzung" ohne die Massen - festzulegen, wird aufgegeben zugunsten einer Bewertung der Arbeitsleistung anhand von Arbeitspunkten, die an festen Leistungsquoten orientiert sind.

3. Die freien Dorfmärkte werden erlaubt und gefördert.

4. Es gab die - ungeschriebene - Regel, daß in Xijang keine Einheit auf irgendeinem wirtschaftlichen Betätigungsfeld besser als Dazhai sein durfte. Das hinderte z.B. einzelne Brigaden in der Chengguan-Kommune, ihr Nebengewerbe zu entwickeln. Sie hatten Angst, besser als Dazhai zu werden. Man durfte nur "von Dazhai lernen", "Dazhai einholen", es aber nicht überholen. Inzwischen ist das erlaubt, und es gibt Brigaden im Kreis, die Dazhai bei der Viehzucht und Forstwirtschaft überholt haben.

5. Die Bäume um die bäuerlichen Privathäuser, die in der Vergangenheit vom Kollektiv beschlagnahmt worden waren, werden den Bauern zurückgegeben.

6. Einige Brigaden haben kollektiveigene Wohnhäuser für die Bauern gebaut. Das war im Prinzip gut. Nur wurden die alten privaten Häuser der Bauern oft abgerissen, die Bauern erhielten aber dafür keine Entschädigung und mußten zudem in den neuen Häusern Miete bezahlen. Viele wären deshalb lieber in ihren eigenen Häusern geblieben. Die neuen Reihenhäuser standen zudem so dicht nebeneinander, daß kein Platz für private Schweine- und Geflügelzucht blieb, was auf den privaten kleinen Gehöften der Bauern möglich war. Jetzt wurde beschlossen, bisher nicht gewährte Entschädigungen an die Bauern zu zahlen.

7. In der Vergangenheit bekam bei der Getreideverteilung der Brigade jeder seinen Reis, egal ob alt oder jung, ob er in der Brigade arbeitete oder nicht. In Zukunft werden die Getreiderationen zu 30% nach der Bevölkerungsgröße und zu 70% nach Arbeitsleistung in Form der Arbeitspunkte verteilt. Damit wird die gleichmacherische Tendenz beseitigt, die gesamte Getreideration nach der Familiengröße zu verteilen.

8. Die kollektiveigene Industrie der Brigade wird entwickelt, die Beschränkungen für die ländliche individuelle und Nebenerwerbswirtschaft wird aufgehoben.

9. Da die Verwaltungsangestellten ("die Kader") nicht mehr als die Arbeiter verdienen sollen, wurden sie einheitlich mit dem Gegenwert von 300 Tagen produktiver Arbeit entlohnt, unabhängig davon, ob sie weniger oder auch mehr als diese 300 Tage in der

Produktion tätig waren. In Zukunft soll die Entlohnung der Verwaltungsangestellten der Brigade stärker an deren Leistung orientiert sein (XNA, 6.10.79).

- ga -

#### (58) Todesstrafe für schweres Wirtschaftsverbrechen

Wegen der Unterschlagung von einer halben Million Yuan wurde eine Chinesin in der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang vom dortigen Bezirksvolksgerichtshof zum Tode verurteilt, der sofort vollstreckt wurde. Es handelte sich hier um die fünfzigjährige Wang Shouxin, die als frühere Kassiererin, Direktorin und Parteichefin eines Brennstoffunternehmens im Laufe von mehreren Jahren diese Summe unterschlagen hatte.

Drei Mittäter von Frau Wang - ihre beiden Söhne und ihre jüngere Schwester - wurden zu Haftstrafen verurteilt. Der ebenfalls angeklagte stellvertretende Direktor der Gesellschaft wurde "wegen guter Führung und des Bekenntnisses seiner Irrtümer" freigesprochen (vgl. auch C.a., Mai 1979, Ü 65) (AFP, 24.10.79; BRu, Nr.45/79).

- ga -

#### (59) Durch Revolution zum Reichtum

Warum die Chinesen ihre Revolution gemacht haben, diese Frage wurde jetzt vom ersten Parteisekretär der Provinz Liaoning beantwortet:

"Warum haben wir die Revolution gemacht? Erstens, weil wir von Sklaven zu Herren werden wollten... Unser zweiter Grund zur Revolution war, reich zu werden..." (SWB, 7.9.79)

Diese Äußerungen standen im Zusammenhang mit der Maßnahme, im ländlichen Bereich einige Kommunen und Brigaden reich werden zu lassen, und diese wohlhabenden landwirtschaftlichen Einheiten bevorzugt im Modernisierungs- und Mechanisierungsprogramm zu fördern. Hierdurch will man zweierlei erreichen: Reiche Kommunen und Brigaden mit hohen Erträgen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Hauptpfeiler in der Versorgung des Landes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Mittelfristig sollen sie gegenüber den naturgemäß zurückbleibenden Agrareinheiten eine Initiativfunktion ausüben (vgl. dazu auch C.a., Sept. 1979, Ü 46).

- ga -

#### (60) Gerichtskammern für Wirtschaftsangelegenheiten in Peking eingerichtet

Ebenso wie einige Gerichte in der Provinz Qinghai haben auch der Höhere Volksgerichtshof und die Gerichte der mittleren Ebene in der regierungsunmittelbaren Stadt Peking Kammern für Wirtschaftsangelegenheiten (jingji shenpan ting) eingerichtet (Beijing Ribao, 3.8.79; C.a., Sept. 1979, S.1020). Aufgabe dieser Wirtschaftskammern wird es sein, wirtschaftliche Streitfälle zu lösen, wobei diese Wirtschaftsgerichte sowohl vom Staat, einzelnen staatlichen Unternehmen, Kollektiven und von Privatpersonen angerufen werden können. Darüber hinaus sollen sich die Wirtschaftskammern mit Streitfällen auf dem Gebiet des internationalen Seetransports, des Außenhandels, des Versicherungswesens u.a. beschäf-

tigen. Die Wirtschaftskammern des Höheren Volksgereichtshofs und der Gerichte der mittleren Ebene Pekings haben ihre Arbeit bereits probeweise aufgenommen, um hinreichend Erfahrungen zu sammeln und Vorbereitungen zu treffen für die offizielle Aufnahme ihrer Tätigkeit zu Anfang nächsten Jahres.

- sch -

## TAIWAN

### (61) Zunehmende ausländische Investitionen

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums in Taipei hat Taiwan in den ersten drei Quartalen des Jahres 1979 Investitionen aus dem Ausland im Wert von 251.881 US\$ genehmigt. Im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt des vorigen Jahres betrug der Zuwachs 113,61 Mio.US\$. Von den genehmigten Investitionen wurden 157.975.000 US\$ von Ausländern und 93.906.000 US\$ von Überseechinesen getätigt. 96,59 Mio.US\$ oder 38,35% der Gesamtsumme entfielen auf Investitionen in der Elektro-Branche. Ihr folgte der Dienstleistungssektor mit 64,94 Mio.US\$ (25,78%) und die chemische Industrie mit 21,12 Mio.US\$ (8,39%).

Im gleichen Zeitraum wurden 100 Anträge für Projekte technischer Zusammenarbeit gebilligt, davon 64 mit japanischen, 20 mit amerikanischen und 15 mit europäischen Unternehmen (FCW, 14.10.79).

- ni -

### (62) "Bayrisches Oktoberfest" in Taipei

Anläßlich des "ruhmreichen Oktobers", in dem der Gründungstag der Republik China (10. Oktober), der Jahrestag von Taiwans Rückkehr zu China (25. Oktober) sowie der 93. Geburtstag des verstorbenen Präsidenten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) gefeiert wurden, haben der "Chinesisch-Deutsche Kultur- und Wirtschaftsverein" und das "Deutsche Kulturzentrum" in Taipei eine chinesisch-deutsche Freundschaftswoche veranstaltet. Der Freistaat Bayern, der gute Beziehungen zu Peking hat, wußte auch seine Beziehungen mit Taiwan zu pflegen. Die Alzviertler Volkstanzgruppe machte unter der Leitung des Bürgermeisters von Trostberg (in der Nähe des Chiemsees), Schlagberger, eine Tournee in Taiwan. Bei der Eröffnung der Freundschaftswoche stachen Schlagberger und General Jiang Weiguo, Vorsitzender des "Chinesisch-Deutschen Kultur- und Wirtschaftsvereins" und der zweite Sohn Jiang Jieshis, gemeinsam ein Bierfaß an (CP u. LH, 19.-20.10.79).

- ni -

### (63) "Olympische Niederlage"

Der Exekutivausschuß des IOK hat am 25. Oktober in Nagoya einen Beschluß zur Chinafrage gefaßt, nach dem sich das bisherige "Olympische Komitee der Republik China" als "Chinesisches Olympisches Komitee Taipei" nennen muß. Außerdem muß Taiwan eine Flagge und eine Hymne verwenden, die sich von der Nationalflagge und der Nationalhymne der Republik China unterscheiden. Dagegen wurde die Volksrepublik China als Vollmitglied ins IOK

aufgenommen. Ihr Komitee trägt den Namen "Chinesisches Olympisches Komitee" und darf die Nationalflagge und die Nationalhymne der Volksrepublik China als seine eigene benutzen. Noch am 7. April dieses Jahres hatte die 81. Vollversammlung des IOK in Montreal versucht, beide chinesische Komitees gleichberechtigt zu behandeln. Sie hatte in einem Beschluß einerseits "das Chinesische Olympische Komitee mit Sitz in Peking" anerkannt, andererseits die Aufrechterhaltung der Anerkennung "des Chinesischen Olympischen Komitees mit Sitz in Taipei" bekräftigt. Taiwan sah diese Entscheidung als einen Sieg an, da man meinte, davon ausgehen zu können, daß Peking zwei gleichberechtigte chinesische olympische Komitees nicht akzeptieren und damit weiterhin den olympischen Spielen fernbleiben werde. Tatsächlich hatte der Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees der VR China, Song Zhong, damals nach dem Beschluß geltend gemacht, daß ein Verbleiben Taiwans im IOK für die VR China nur dann annehmbar sei, wenn dieses darauf verzichte, die Flagge und die Hymne der Republik China zu verwenden. Der neue Beschluß in Nagoya hat alle Bedingungen Songs praktisch erfüllt. Jedoch muß über diesen Beschluß des Exekutivausschusses noch vor dem 25. November von den 89 Mitgliedern des IOK in einer Briefwahl abgestimmt werden. Das Ende der Marathondiskussion der Chinafrage wird erst dann kommen, wenn sich die Mehrheit diesem Beschluß des Exekutivausschusses anschließt. In diesem Falle wird Taiwan wahrscheinlich aus dem IOK austreten oder zumindest zukünftigen Wettspielen fernbleiben (ZYRB u. LHB, 26.10.1979; vgl. C.a., April 1979, S.478, Ü.59).

Noch vor dem IOK hat die Internationale Wissenschaftliche Vereinigung für Chemie auf einer Vollversammlung die Vertretung der VR China mit dem Namen "Chinese Chemical Society" aufgenommen, während die Vertretung Taiwans ihren Namen in "Chemical Society Located in Taipei, China" umändern mußte. Die Regierung in Taiwan erklärte am 17. September, daß diese Namensänderung ihrer grundlegenden Staatspolitik nicht widerspreche (ZYRB, 9.11.1979).

- ni -

### (64) Nationalfeiertag ohne große Militärparade

Am 10. Oktober wurde in Taiwan der 68. Gründungstag der Republik China gefeiert. Im Unterschied zum letzten Jahr gab es diesmal keine große Militärparade. Statt dessen erfolgte nur ein kurzer Vorbeimarsch von 30 Minuten, an dem Kadetten, Milizen, Polizisten, Studenten, Schüler, Bauern mit Traktoren und Vertreter anderer Volksgruppen teilnahmen. Demonstrativ war die Flugschau, bei der 18 F5e Kampfflugzeuge in Formation über den Versammlungsplatz vor dem Präsidentenhaus dahinbrausten. Die Maschinen waren mit privaten Spenden gekauft worden, die man nach dem Abbruch der US-Beziehungen mit Taiwan im Dezember des vorigen Jahres gesammelt hatte. Die Gesamtsumme der Spenden belief sich auf 93,36 Mio.US\$.

In einer kurzen Botschaft zu dem Feiertag bekräftigte Präsident Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) zwar nach wie vor die Parole von der "Rückero-